

ELECTING CHAMPIONS FOR A SOCIAL EUROPE

FREE OF POVERTY, SOCIAL EXCLUSION AND INEQUALITIES



DIE ARMUTSKONFERENZ.



EUROPEAN ANTI POVERTY NET

„Electing Champions for a Social Europe“ ist eine pan-europäische Kampagne, die vom European Anti-Poverty Network (EAPN) und seinen Mitgliedern (29 nationale Netzwerke – darunter die Armutskonferenz – und 18 europäische Organisationen) durchgeführt wird. Sie repräsentieren hunderte von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die vor Ort mit tausenden europäischen Bürger_innen und Partner_innen zusammenarbeiten und sich für die Rechte von über 120 Mio. armutsgefährdeten bzw. in Armut lebenden Menschen in Europa einsetzen.

Jede Stimme zählt

Seit der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise ist das Vertrauen der Bürger_innen in die Europäische Union (EU) auf einen neuen Tiefststand von 33% gesunken. Bei der Europawahl könnten daher die EU und damit die Demokratie zu den großen Verlierern werden, wenn europa- und demokratiefeindliche Parteien in das Europäische Parlament gewählt werden. Die Gefahr ist bei einer geringen Wahlbeteiligung besonders groß. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl 2009 lag im EU-Durchschnitt nur bei 43 Prozent. Daher ruft die Armutskonferenz alle Wähler_innen auf, von ihrem Recht Gebrauch zu machen und am 25. Mai zur Europawahl zu gehen.

Vier Forderungen für ein soziales Europa mit mehr Partizipation:

- Ein Sozialpakt für ein soziales Europa
- Eine effektive EU-Strategie zur Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung, Ungleichheiten und Diskriminierung
- Verstärkte Demokratie und Partizipation der Zivilgesellschaft
- Eine jährliche Anhörung im Europäischen Parlament mit Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind

Ein Sozialpakt für ein soziales Europa

- Festlegung von ambitionierten sozialen Zielen für die Europäische Union und Sicherstellung, dass diese durch die Finanz- und Wirtschaftspolitik unterstützt werden.
- Erhalt der Sozialschutzsysteme unabhängig vom demographischen Wandel.
- Ergänzung der europäischen Finanzpolitik um Wachstumsimpulse, soziale Folgenabschätzung, insbesondere die Beachtung der Menschenrechte, und europäische Solidarität.
- Reduzierung von Ungleichheiten und Armut durch mehr Steuergerechtigkeit und die Schließung von Steueroasen.
- Unterstützung von universellem, qualitativ hochwertigem Sozialschutz als Investment und Stabilisator für inklusives Wachstum.
- Zusicherung, dass die nächste Revision der Europäischen Verträge bessere Möglichkeiten der Kooperation für den Erhalt und den Ausbau von hohen sozialen Standards bietet.
- Sicherstellung, dass das Transatlantische Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) nicht zu einer Absenkung von sozialen und ökologischen Standards in der Europäischen Union führt.

Eine effektive EU-Strategie zur Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung, Ungleichheit und Diskriminierung sollte...

- die kontinuierlich steigende Anzahl der von Armut betroffenen Bürger_innen nachhaltig senken, um das Ziel der Strategie Europa 2020 (Reduzierung der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Personen um 20 Millionen) zu erreichen,
- auf dem Zugang für alle zu Rechten, Produkten und Dienstleistungen sowie Unterkunft, Wohnung, Bildung, adäquatem Sozialschutz, medizinischer Versorgung und Mindesteinkommen als Teil eines effektiven sozialen Basisschutzes basieren,
- durch ambitionierte Ziele zur Armutsreduzierung und multidimensionale, integrierte Strategien und Programme auf nationaler Ebene unterstützt werden; flankiert durch weitere Strategien zu Themen wie Kinderarmut, Altersarmut, Wohnungslosigkeit,
- die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern und die positive Rolle der Sozialwirtschaft anerkennen,
- den Zugang zu qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen für alle arbeitsfähigen Personen unterstützen und die Partizipation und den Lebensstandard für diejenigen garantieren, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben,
- den Genderaspekt von Armut und sozialer Ausgrenzung beachten und garantieren, dass Antidiskriminierung in allen Politikbereichen der Armutsbekämpfung berücksichtigt wird,
- in den Mitgliedstaaten die Umsetzung des Mindestanteils in Höhe von 20% im Europäischen Sozialfonds (ESF) für Armutsreduzierung durch adäquate Partnerschaften bei der Konzeption und Implementierung garantieren und
- auf klaren europäischen und nationalen Budgets basieren, um ihre Umsetzung sowie die Unterstützung von lokalen Initiativen und Betroffenenorganisationen zu gewährleisten.

Verstärkte Demokratie und Partizipation der Zivilgesellschaft

- Das Europäische Parlament sollte gleichberechtigter Partner bei europäischen Entscheidungen, inklusive Sozialbereich, sein.
- Transparenz und Verlässlichkeit in EU-Entscheidungsfindungen sollten gewährleistet sein, u.a. mit Prozessen, die Abgeordnete und Kommissionsvertreter_innen für ihre Entscheidungen verantwortlich machen, inklusive der Respektierung von Verpflichtungen in internationalen Menschenrechtsvereinbarungen.
- Partizipation und Befähigung sollten im Zentrum der Entwicklung, Implementierung und Evaluation von Politik stehen, inklusive Anerkennung und Unterstützung für die Partizipation der Zivilgesellschaft, insbesondere von sozialen NGOs und von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen in einem sinnvollen Dialog auf europäischer und nationaler Ebene.
- Eine jährliche Anhörung im Europäischen Parlament mit von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen basierend auf ähnlichen Prozessen auf nationaler Ebene sollte etabliert werden.

Die vereinbarte Strategie Europa 2020 mit ihrem Ziel des integrierten Wachstums, dem Ziel zur Armutsreduzierung, sozialen Leitlinien und Partnerschaftsansätzen bietet eine Grundlage für die Erreichung von vielen der erwähnten Forderungen. Wir rufen die Kandidat_innen dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass diese ausbalancierte Strategie die verengte ökonomische Politik als Motor für EU-Kooperation ersetzt, und dass die Förderung aus den EU-Strukturfonds diese Prioritäten widerspiegelt.